

Vierteljähriger Abonnementspreis  
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto  
2 Thaler 11½ Sgr. Insertionsgebühr für den  
Raum einer fünfseitigen Zeile in Petitschrift  
1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20.  
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten  
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

# Breslauer



# Zeitung.

## Mittagblatt.

Dienstag den 11. März 1856.

Nr. 120.

### Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 10. März. Der „Moniteur“ berichtet, daß der Kaiser ein Schreiben vom Papste erhalten habe. Der Zustand des Prinzen Jerome bessert sich.

Paris, 10. März, Nachmitt. 3 Uhr. An der Börse herrschten finanzielle Besorgnisse und eröffnete die 3pGt. Rente zu 72, 60, sank auf 72, 50 und schloß sehr matt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 91% gemeldet. — Schluss-Course:

3pGt. Rente 72, — 4½pGt. Rente 93, 75. 3pGt. Spanier 38½. 1pGt. Spanier 24%. Silber-Akt. 89. Österreichische Staats-Eisenb.-Aktien 912. Dörf. Credit-Aktien 815. Credit-Mobilier-Aktien 1553.

London, 10. März, Nachmitt. 3 Uhr.

Consols 91%. 1pGt. Spanier 23%. Amerikaner 20. Sardinier 90.

5pGt. Russen 101½. 4½pGt. Russen 92.

Das fällige Dampfschiff aus Rio Janeiro ist eingetroffen.

Wien, 10. März, Nachmittags 12 Uhr. Im Allgemeinen günstiger.

— Schluss-Course:

Silber-Anleihe 90. 5pGt. Metall. 84%. 4½pGt. Metalliques 73½. Bank-Aktien 1065. Nordbahn 281. Centralbahn 104. 1839er Loos 136. 1854er Loos 110%. National-Anleihe 84%. Dörf. Staats-Eisenbahn-Aktien-Sertifikat. 266. Bank-Int.-Scheine 324. Credit-Akt. 330. London 10, 08. Augs. 101½. Hamburg 74½. Paris 120½. Gold 6½. Silber 5.

Frankfurt a. M., 10. März, Nachmitt. 2 Uhr. Lebhafte Umsatz. Dörf. Bank- u. Credit-Aktien bedient niedriger, schlossen etwas stärker.

Ludwigsbahn-Berbacher Eisenbahn-Aktien flau. — Schluss-Course:

Neueste preußische Anleihe 114. Preußische Kassenscheine 105. Köln-Mindener Eisenbahn-Aktien. — Friedrich-Wilhelms-Nord. 63½. Ludwigs-

hafen-Berb. 157. Frankfur.-Hanau 79%. Berliner Wechsel 105%.

Hamburger Wechsel 89. Londoner Wechsel 120%. Pariser Wechsel 94%.

Amsterdam 122%. Darmstadt. Bank-Aktien 350. 3pGt. Spanier 38%. 1pGt.

Spanier 24. Kurhessische Loos 41. Badische Loos 47%. 5pGt.

Metallique 82. 4½pGt. Metall. 74. 1854er Loos 108%. Österreich.

National-Anlehen 83%. Österreichisch-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien

309. Dörf. Bank-Anleihe 1253. Österreichische Credit-Aktien 182.

Hamburg, 10. März, Nachmittage 2½ Uhr. Anfangs flau, gegen Ende fest und höher. — Schluss-Course:

Preußische 4½pGt. Staats-Anleihe 100 Br. Preuß. Loos 112½. Österreichische Loos 113 Br. Österreichische Credit-Aktien 165—168. Österreich.

Eisenbahn-Aktien 930. 3pGt. Spanier 36%. 1pGt. Spanier 22½.

Russisch Stieglitz de 1855 89%. Berlin-Hamburger 113 Br. Köln-Mindener 167%. Mecklenburger 54%. Magdeburg-Wittenberg 48.

Berlin-Hamburg 1. Priorität 101%. Köln-Mindener 3. Priorität 90 Br.

Düsseldorf —.

Großherzogtum. Weizen fest, stille. Roggen unverändert. Getreide pro

März 31½, pro Mai 31½, pro Oktober 28½. Kaffee fest; 4% gehalten,

4% geboten. Sink 4500 Et. loco zu 15 bezahlt.

Liverpool, 10. März. Baumwolle: 7000 Ballen Umsatz. Preise

gegen vergangenen Sonnabend unverändert.

### Telegraphische Nachricht.

Kopenhagen, 9. März. Eine königl. Resolution verfügt, daß zu den im § 15 der Gesamt-Verfassung bezeichneten Minister-Konferenzen auch die königl. Prinzen Zutritt haben sollen.

(S. N.)

### Preußen.

Berlin, 10. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht, den bisherigen außordentlichen Professor der Theologie, Dr. A. Baier zu Greifswald, zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität; die bisherigen Regierungs-Assessoren v. Fritzsche zu Marienwerder, v. Ernst zu Oppeln, Linhoff zu Erfurt, Rudolff zu Berlin, Schmedding zu Stettin, Stoeckel zu Breslau, Balcke zu Königsberg, Landrat Dietlein zu Stettin, Lieber zu Breslau, v. Kamcke zu Danzig und Wohlers zu Düsseldorf zu Regierungs-Räthen; sowie der Rittergutsbesitzer, Landschaftsrath Julius Ehrhard Friedrich v. Dueis auf Wossau, zum Landrath des Kreises Rastenburg im Regierungsbezirk Königsberg; den Kaufmann G. Kielland in Stavanger zum Konsul derselbst zu ernennen; ferner dem Kreissteuer-Einnnehmer Karawat zu Rybnik den Charakter als Rechnungs-Rath, und dem Waffen-Fabrikanten Gustav Weyersberg zu Solingen den Charakter als Kommerzienrat zu verleihen.

Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist, von Braunschweig kommend, gestern hier eingetroffen und im königlichen Schloss abgestiegen. Se. königliche Hoheit der Prinz von Wasa ist, von Dresden kommend, heute hier eingetroffen und hat im königl. Schloss zu Charlottenburg Wohnung genommen.

Berlin, 10. März. [Des Königs Majestät] reiste gestern früh um 7 Uhr zu der 600jährigen Jubelfeier des Bestehens der Stadt Neu-Ruppin von Charlottenburg ab und traf derselbst um 11 Uhr ein, geruht Allerhöchstlich das versammelte Offizierkorps der Garnison vorstellen zu lassen und wohnte hierauf dem Fest-Gottesdienst bei. Nach Beendigung desselben war Vorstellung der anwesenden Geistlichkeit, der Behörden und Kreisstände und demnächst Parade des Fußillier-Bataillons des 24. Infanterie-Regiments. Hierauf erfolgte Mittags 2 Uhr die Rückreise. Se. Majestät traf nach 5½ Uhr wieder im Schloss zu Charlottenburg ein.

(St. Anz.)

Berlin, 10. März. Ein um die Stadt Berlin hochverdienter Mann, der General-Polizei-Direktor v. Hinkeldey, ist das Opfer eines Zweikampfes geworden. Als seinen Gegner bezeichnet man den Hofmarschall v. Rochow, früheren Marschall der Ständecurie des Vereinigten Landtages. Wir können aus eigener Wahrnehmung versichern, daß ganz Berlin in eine traurige Bestürzung versetzt ist.

(B. B. 3.)

Die vorstehende Nachricht wird durch die „N. Pr. 3.“ folgendermaßen bestätigt: Der General-Polizeidirektor v. Hinkeldey ist, wie wir hören, heute Vormittag bei einem Duell tödlich in die Brust getroffen, und wenige Minuten nachher gestorben. Die näheren Details dieses traurigen Ereignisses sind uns noch unbekannt. Als Gegner nennt man den Herrn v. Rochow auf Plessow.

+ Berlin, 10. März. Die Kunde von einem traurigen Ereignis erschüttert unsere Stadt. Heut früh fand ein Duell in der Nähe von Charlottenburg statt, in welchem der General-Polizei-Direktor und

Polizei-Präsident der Stadt Berlin von Hinkeldey seinen Tod fand. Es stand ihm der Premier-Lieutenant a. D. und Mitglied des Herrenhauses v. Rochow-Plessow entgegen. Die Bürgerschaft von Berlin wird so seinem Tode hart betroffen, da er durch seine große Tätigkeit, durch tüchtige Einrichtungen und Maßregeln sich bedeutende Verdienste um die Stadt Berlin erworben hat. Er vereinigte mit großer Energie und Eifer für seine ihm anvertraute Stellung einen hohen Grad von Wohlwollen.

C. B. Eine tieferglütternde Trauerkunde durchsetzt so eben unsere Stadt. So unglaublich sie erscheint, so müssen wir sie zu unserem schmerzlichsten Bedauern auf Grund der von uns eingezogenen Erkundigungen bestätigen. Einer der gefeiertesten Männer dieser Stadt und des ganzen Landes, der General-Polizei-Direktor von Hinkeldey ist heute im stattgehabten Zweikampf tödlich getroffen worden. Niemand hat gerechte Ursache, diesen Verlust zu beklagen als diese Stadt; aber auch das Land wird es empfinden, daß ihm ein starker Arm gebrochen ist, der Ordnung und Wohlfahrt zu schirmen wußte, von welcher Seite immer man es veruchen möchte, sie zu gefährden. Man kennt die Ursachen und die Einzelheiten des schmerzlichen Vorganges nicht, nur so viel verlautet mit Bestimmtheit, daß die Entstehung in Veranlassungen zu suchen ist, welche für den Gefallenen ein ehrendes Zeugnis der Pflichttreue ablegen.

### Deutschland.

München, 5. März. Wie die „A. A. 3.“ meldet, beschäftigt sich die bayerische Regierung mit der „Neorganisation des Adels“. Sie erzählt von einem Circularschreiben d. d. 2. Juni 1855 des königl. bayerischen Staats-Ministers des Innern Grafen v. Reigersberg, in welchem es heißt: „Im Laufe der letzten Decennien sind, wie in ganz Deutschland, so auch in Bayern, die historischen Grundlagen des Adels, als eines politischen Standes, mehr und mehr geschwächt oder gänzlich beseitigt worden. Durch die Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und die Auflösung der Grundlasten ist dies bis zu einem Grade geschehen, welcher die Gefahr in sich trägt, daß der Adel als besonderer Stand verschwindet, wenn die Mitglieder des Adels nicht Hand anlegen, eine neue Grundlage ihrer Standes-Existenz durch konsequente, des Ziels sich bewußte Nutzbarmachung aller der Gesammitheit des Adels noch immer zu Gebote stehenden geistigen und materiellen Mittel wieder zu schaffen.“ Se. Maj. der König, von den wohlwollendsten Absichten für den Adel und von dem lebhaftesten Wunsche befeilt, diesen wesentlich konservativen und den Glanz des Thrones erhöhenden Stand zu der ihm gebührenden Stellung im bürgerlichen Leben gelangen und auf dauerhafter Grundlage festzustellen, würden die Bildung von Adels-Korporationen als eine erfreuliche Neuerung der inneren Lebenskraft des Adelstandes begrünen. Allerhöchst dieselben errachten es aber nicht für bemessen, daß die korporative Gestaltung des Adels durch eine Regierungs-Maßregel angeordnet werde, sondern sind der Ansicht, daß das Institut der Adels-Korporationen als eine aus der inneren Lebenskraft des Adels und den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich und organisch herauswachsende Einrichtung erscheine, und darum von dem Adel selbst ins Leben gerufen werden müsse.“ Das Circularschreiben fügt bei, daß es der „allerhöchsten Willensmeinung entsprechen würde, wenn vorerst die hervorragenden Mitglieder des Adels jedes Regierungs-Bezirks über die bei Bildung von Adels-Korporationen zu befolgenden Grundsätze unter sich und wohl auch mit dem Adel der übrigen Regierungs-Bezirke sich verständigen, sodann nach den Vorgängen in anderen Ländern, wie in Hessen und Preußen, förmliche Statuten entwerfen, und dieselben mit den zustellenden Dejderian an die Staats-Regierung bringen würden.“ Das Schreiben lenkt schließlich die Aufmerksamkeit auf einige vorzugsweise der Erwähnung bedürftige Punkte. Er weist z. B. darauf hin, daß eine zu große Beschränkung der Aufnahms-Befähigung, allenfalls auf den grundbesitzenden Adel, leicht eine der Sache nicht förderliche Spaltung des Adels herbeiführen könnte. Als allgemeine Aufgabe der Adels-Korporationen wird bezeichnet, „die Vertretung des Adels in Beziehung auf die Standes-Verhältnisse des Adels, und die Sorge für Erhaltung desselben als eines besonderen Standes und einer politischen Institution.“

### Frankreich.

Paris, 8. März. Heute hat die sechste Sitzung des Kongresses stattgefunden, und ohne daß wir die Abstimmung haben können, Ihnen darüber zu berichten, dürfen wir doch melden, daß Alles sehr wohl von statthen geht. Für die nächste Sitzung werden hoffentlich die russischen Bevollmächtigten bereits ihre neuen Vollmachten erhalten haben. — Der Ex-König Jerome hat gestern eine Lungenentzündung bekommen; man muß ihm Blutegel ansetzen. Doch ist sein Zustand nicht gefährlich, und die letzten Nachrichten lauten günstig. — Dr. Jgk. Kuranda, Redakteur der „Ostdeutschen Post“, welcher unter dem Vorwande als Berichterstatter für sein Blatt während der Konferenzen hieher gekommen war, hat als Bevollmächtigter einer konzessionierten österreichischen (ungarischen) Eisenbahn bereits mehrere Konferenzen mit verschiedenen hiesigen Kapitalisten über diesen Gegenstand gehabt. — Ein Schreiben des Kriegsminister, welches der „Moniteur“ veröffentlicht, hat den Zweck, darauf aufmerksam zu machen, daß nicht in allen Departements die Rekrutierung mit der nötigen Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit ausgeführt werde. Aus vielen Departements, die der Kaiser auf Grund einer vom General Niel angestellten Revision namhaft macht, kommen so viele unbrauchbare Leute in die Reihen der Armee, durch deren Entlassung der Staatshaushalt beträchtliche Summen einspart. Der Kaiser nennt die Summe von 1½ Mill. Fr., die auf diese Weise im Jahre 1854 verloren gegangen sei. — Jerome erfüllt sein Geschick. Man erzählt heute, er habe einen Anfall von Lungenentzündung erlitten. Der Kaiser, von der Kaiserin begleitet, fuhr heute Nachmittag zu seinem Oheim. — Der

gesetzgebende Körper erwartet in den ersten Tagen der künftigen Woche eine wichtige Mitteilung von Seiten der Regierung. — Die Gesellschaft Godyn, welche sich in Verbindung mit Rothschild und mehr als 30 andern Häusern der hohen banque konstituiert hat, bemüht sich vergeblich darum, eine Konzession für ihr Unternehmen zu erlangen. Die Genehmigung war in Aussicht gestellt, der Kaiser soll aber entschieden daran festhalten, der Agiotage durch Verweigerung neuer Konzessionen für einige Zeit halt zu geben. Die Nisard-Affaire ist heute in der zweiten Instanz entschieden. Der Appellhof hat die Verurteilung bestätigt, aber die Strafen heruntergesetzt. — Aus Madrid ist heute die Nachricht vom Tode des früheren Ministers Martinez de la Rosa eingetroffen.

### Großbritannien.

London, 7. März. Es liegt jetzt eine Reihe längst erwarteter Aktenstücke vor, welche jenefalls im Parlamente wie außerhalb des Parlaments viel Lärm machen werden. Die auf den Fall von Cars bezeuglichen Papiere sind nämlich endlich veröffentlicht worden. Das betreffende „Blaubuch“, welches man nicht unpassend als den Prozeß „Williams versus Stratford“ bezeichnen könnte, füllt nicht weniger als 356 Seiten. Bekanntlich ward General Williams nach den widerholten Niederlagen der Türken im Jahre 1854 von Lord Clarendon zum Kommissar der britischen Regierung beim türkischen Oberbefehlshaber in Asien ernannt. Es läßt sich annehmen, daß Lord Stratford de Redcliffe ihm persönlich nicht wohl wollte, und diese Gedenkung des englischen Gesandten blieb den türkischen Machthabern ohne Zweifel nicht verborgen. Wenigstens ward ihm im türkischen Lager ein sehr unfreundlicher Empfang zu Theil, und man sah ihn daselbst scheel an, ungefähr wie einen Feind oder Spion. Feder Pascha plünderte nach Herzenslust und schaute sich nicht, den einzigen Mann, von dem sich bejagen ließ, daß er seinen Missethaten Gehrtnahm thun würde, zu beledigen und zu bedrohen. Wie es mit dem Heere stand, mag man aus folgenden Umständen entnehmen. 10—12,000 Mann waren in ein paar Monaten zu Grunde gegangen oder desertiert. Um Mitte Oktober, wo nur noch 14,000 Mann vorhanden waren, wurden Rationen für 27,000 Mann, sogar gegen Ende des Monats, obgleich mittlerweile gar keine Verstärkungen eingetroffen waren, für 33,000 Mann ausgetragen. Mit der Sold-Auszahlung war man 20 Monate im Rückstande. Die Mannschaften waren schuhlos, beinahe auch munitionslos, und ihre Waffen waren in schlechtem Zustand. General Williams that, was er konnte, um dem Unfuge zu steuern; weder an Rathschlägen, noch unwilligen Vorstellungen, noch Drohungen mit dem Einschreiten des britischen Gesandten ließ er es fehlen. Mit jeder Post schrieb er an Lord Stratford; mit jeder Post machte er Vorschläge und bat um Beistand. Aber keine Antwort erfolgte, oder doch nur eine einzige, die auch keinen Trost brachte. Endlich rief dem General die Geduld, und er schrieb an den Gesandten: „Mit Ausnahme eines einzigen Briefes ist mir auch nicht die Ehre einer Zeile von Ew. Excellenz zu Theil geworden. Nicht einmal den Empfang meiner öffentlichen oder Privat-Schreiben haben Sie mir angezeigt. Ein Mann, der Ew. Herrlichkeit so viele Jahre gedient hat, kann so etwas nicht ohne ein Gefühl tiefer Enttäuschung und Kränkung aussprechen — ein Gefühl, das ich sorgfältig selbst vor meinen Adjutanten und Sekretären zu verheimlichen gesucht habe, da man jeder neuen Post mit Sehnsucht entgegenhartte in der Hoffnung, Antwort von Ew. Herrlichkeit zu erhalten.“ 54 Depeschen, jede von einem Privatbrief begleitet, waren bis dahin, 8. Dezember, vergebens geschrieben worden. Eine Abschrift des erwähnten Briefes überwandte Williams dem Earl v. Clarendon. Dieser schrieb hierauf an Lord Stratford: „Es scheint, daß Ew. Excellenz sich durchaus nicht um den General Williams gekümmert hat... Ihrer Majestät Regierung wünscht die Bemerkungen Ew. Excellenz über die Depesche des Generals Williams zu erhalten, welche mir, wie ich wohl kaum zu sagen brauche, nach der Bezeichnung, die wir hegen, und nach den Vorstellungen, wie wir durch Ew. Excellenz vergeblich an die Pforte rütteten, mit tiefem Bedauern gelesen haben.“ Ein Mann von dem hochfahrenden und reizbaren Wesen Lord Redcliffe's würde sich einen solchen Ton wohl schwerlich haben gefallen lassen, hätte er nicht die Gerechtigkeit dieser Vorwürfe gefühlt. Die Depesche Lord Clarendon's schließt mit folgenden Worten: „Die Regierung verlangt die Einsendung eines vollständigen und ausführlichen Berichtes über alles, was zwischen der Gesandtschaft und der Pforte in Gemäßheit der so häufig, doch vergebens an Ew. Excellenz gerichteten Instruktionen verhandelt worden ist.“ Die Zahl der Depeschen des Generals Williams, auf welche er keine Antwort erhielt, war mittlerweile auf 62 gestiegen. Mit seiner Vertheidigung macht es sich Lord Stratford ziemlich leicht. Er „glaubt ein Recht zu haben, die Uebereilung zu rügen, mit welcher General Williams“, dessen wiederholte Notrufe er drei Monate lang unbeantwortet gelassen hatte, „zu dem Schluß gelangte, daß ich ihm keinen Beistand geleistet habe.“ Auch ist der Gesandte so großmütig, einzuräumen, daß es ihm „durchaus nicht einfällt, den Werth der etwas weitschweifigen Korrespondenz, welche die Resultate der Untersuchungen und Beschwerden des Generals Williams enthält, herabsetzen zu wollen.“ Die Hauptthäle an allem Unrecht schiebt er auf die türkischen Minister. „Das wohlbekannte Sprichwort,“ schreibt er an Lord Clarendon, „welches sagt, es sei leicht, ein Pferd zur Tränke zu bringen, aber unmöglich, es zum Trinken zu zwingen, ist in Konstantinopel nicht weniger wahr, als in London und Paris. Dazu kommt noch, daß es den Pferden, deren Störigkeit ich zu brechen habe, nicht an Gründen fehlt, die sie vorbringen können, um die Langsamkeit ihres Schrittes zu entschuldigen, wenn auch nicht gänzlich zu rechtfertigen.“ Die Nichtbeantwortung der Williams'schen Depeschen rechtfertigt der Lord in folgender, sehr glaubwürdig klingender Weise. Zuvordest sagt er, er habe die Absicht gehabt, auf die 124 Depeschen und Briefe eine einzige lange Antwort zu schreiben, und sodann hebt er hervor, daß der Abgang der Paket-

boote nach Trapezunt sehr unregelmäßig sei, während doch, wenn auch wohl einmal ein Aufenthalt von 24 Stunden vorkommen mag, diese Boote allwöchentlich aus dem Bosporus auslaufen.

[Unterhaus-Sitzung.] Lord J. Russell beantragt vorheriger Ankündigung folgende das Unterrichtswesen betreffende Resolutionen:

1. Der Ansicht des Hauses nach ist es wünschenswert, die Beschlüsse des Unterrichtsausschusses des geheimen Rathes auszudehnen, zu revidieren und zu konföderieren. 2. Es ist wünschenswert, daß außer den gegenwärtig vorhandenen Inspektoren der kirchlichen (d. h. dem anglikanischen Bekenntnisse angehörigen) Schulen noch 80 Unter-Inspektoren ernannt werden, und daß England und Wales in Bezug auf Erziehungszwecke in 80 Divisionen getheilt werden. 3. Es ist wünschenswert, daß Unter-Inspektoren für britische, wesleyanische und andere nicht mit der Kirche zusammenhängende protestantische Schulen, so wie auch für römisch-katholische Schulen im entsprechenden Verhältnisse zu der gegenwärtigen Zahl der Inspektoren solcher Schulen ernannt werden. 4. Der Ausschuss des geheimen Rathes wird ermächtigt, auf den Bericht der Inspektoren und Unter-Inspektoren hin in jeder Division Schul-Distrikte zu bilden, die aus einzelnen oder vereinigten Kirchspielen, oder aus Teilen von Kirchspielen bestehen. 5. Die Unter-Inspektoren der Schulen jeder Division werden angewiesen, über die verfügbaren Mittel zur Erziehung der Armen in jedem Schuldistrikt Bericht zu erstatten. 6. Um diese Mittel auszudehnen, ist es ratsam, die Befugnisse, welche die Kommissare der mildthätigen Stiftungen gegenwärtig besitzen, zu erweitern und die Fonds, welche jetzt dem Publikum nichts nützen, oder ihm sogar schaden, zur Erziehung der mittleren und ärmeren Klassen des Gemeinwesens zu verwenden. 7. Es ist wünschenswert, daß in jedem Schuldistrikt, wo die aus Stiftungen, Subskriptionen, Schenkungen und Schulgeldern (schoolpence) stehenden Mittel sich als unzureichend erweisen, und von dem Unterrichtsausschuß des geheimen Rathes für unzureichend erklärt werden, die Steuerzahler die Befugnisse haben, sich selbst für die Errichtung und Erhaltung einer Schule oder mehrerer Schulen zu bestellen. 8. Wird nach dem 1. Jan. 1858 von einem Schuldistrikt erklärt, daß er nicht die ausreichenden Mittel zum Unterricht der Armen besitzt, so haben die Friedensrichter für die Stadt, die Grafschaft oder die Burgschaft in ihren Urkundslösungen das Recht, eine Schulfeste aufzuzeigen. 9. Wo eine Schulfeste auferlegt ist, da erneut ein von den Steuerpflichtigen erwählter Schulausschuß die Lehrer so wie die Lehrerinnen, und trifft Anordnungen zur Verwaltung der Schulen. 10. In jeder Schule, die ihren Unterhalt ganz oder theilweise Schulsteuern verbindet, wird täglich eine Stelle aus der heiligen Schrift gelesen und außerdem in der von dem Schul-Ausschuß für passend erachteten Weise für den religiösen Unterricht Sorge getragen werden. Kein Kind jedoch soll gezwungen werden, religiösen Unterricht zu empfangen, oder zum Kirchenbesuch genötigt werden, wenn seine Eltern oder Vormünder aus Gewissengründen etwas dagegen haben. 11. Von Arbeitgebern, welche Kinder im Alter von 9—15 Jahren beschäftigen, wird verlangt, daß sie halbjährlich bescheinigen, daß diese Kinder die Schule besucht haben; auch haben sie das Schulgeld für diesen Unterricht zu bezahlen. 12. Es ist wünschenswert, durch Aussetzung von Preisen, Herabsetzung des Schulgeldes, durch Stiftung von Bibliotheken und Abendschulen und auf anderem Wege den Unterricht der Kinder im Alter von 12—15 Jahren zu fördern." Der Antragsteller bemerkte, aus der Volkszählung des Jahres 1851 gehe hervor, daß es damals in England ungefähr 4.000.000 im Alter von 5—15 Jahren stehende Personen gab. Von diesen waren etwa 2.000.000 in die Schulbücher eingetragen, während nur 1.750.000 die Schule wirklich besuchten. Wenn man die Beschaffenheit der Lehrer in vielen dieser Schulen in Erwägung ziehe, so sei es sehr die Frage, ob daselbst von Erziehung im eigentlichen Sinne des Wortes die Rede sein könne. Die Zahl der Kinder, welche die unter Aufsicht des Unterrichts-Ausschusses des geheimen Rathes stehenden Schulen besuchten, beläuft sich auf 500.000. In diesen Schulen herrscht ein weit besseres System, und durch die seit dem Jahre 1839 erfolgten Geldbewilligungen habe man Mittel zur Heranbildung von Volksschullehrern gewonnen. Trotzdem sei das Unterrichtswesen sowohl quantitativ wie qualitativ noch immer sehr mangelhaft. Auf zwei Punkte habe man hauptsächlich sein Augenmerk zu richten, nämlich darauf, daß ein jeder den Wohlthaten des Unterrichts theilhaftig werde, und darauf, daß das wirklich Gute in dem gegenwärtigen System erhalten und weiter entwickelt werde." Roebuck läßt sich in allgemeine Erörterungen über die Zwecke der Erziehung ein. Wenn dieselbe ihr Ziel erreichen sollte, so müsse der Unterricht das intellektuelle, sittliche und das religiöse Element in sich begreifen. Der religiöse Unterricht jedoch lasse sich nicht von konfessionellen Differenzen unabhängig machen, und deshalb könne er es auch nicht billigen, daß Lord J. Russell die Bibel in die Schulen einführen wolle. Dadurch würde man die Schulen eher zu allem Anderen, als zu National-Schulen machen. Er seines Theils sei für den bloß weltlichen Unterricht. In ähnlicher Weise spricht sich auch M. Gibson aus. Lord Palmerston äußert, das Haus müsse Lord John Russell jedenfalls dankbar dafür sein, daß er seine Ansichten über einen so wichtigen Gegenstand ausgesprochen habe. Auch sei der von ihm dazu gewählte Weg, nämlich die Vorlegung der Resolutionen, seiner Ansicht nach der beste gewesen, und die Regierung werde seinen Vorschlägen die sorgfältigste Beachtung angedeihen lassen. Die Verbindung des moralischen und religiösen Unterrichts mit dem intellektuellen habe allerdings ihre Schwierigkeiten. Werde sie aber nicht erreicht, so werde überhaupt gar nichts erreicht, und er hoffe, man werde Mittel und Wege finden, die allerdings bedeutenden Hindernisse zu überwinden. Lord J. Russell bemerkte, man habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß es besser sein würde, die Resolutionen in einem Ausschuß des ganzen Hauses zu erörtern. Er ziehe sie also für jetzt zurück und beantrage statt dessen die Resolution, daß das Haus sich am Donnerstag, 10ten April, als Ausschuss konstituiere, um den Stand des öffentlichen Unterrichtswesens in Erwägung zu ziehen. Dieser Vorschlag wird genehmigt.

### Am er i k a.

Kaiser Faustin hat nach der Niederlage seiner Armee durch die Dominikaner folgende Proklamation an seine Untertanen gerichtet:

Faustin I. Kaiser von Hayti, an das Volk und die Armee.

Haupt! Als ich vor einigen Wochen an der Spitze meiner Armeen die Hauptstadt verließ, hielt ich es für nötig, euch meinen Abschluß kund zu thun. Alles hieß mich so bald als möglich den Feldzug nach dem Osten zu unternehmen. Mein Geburtsort gegen den Eid, den ich geleistet, unsere Constitution aufrecht zu erhalten, meine Gewisheit, zahlreiche Sympathien in dem Osten, vor Allem die drohende Gefahr einer fremden Invasion in diesem Theil — das waren die dringenden Motive, welche mich leiteten. Kein Opfer hatte ich gescheut, um das Wohlergehen meiner Soldaten und den Erfolg dieses Feldzuges zu sichern. Aber ich hatte den Verrat nicht mit in Rechnung gezogen! Schon hatten die Kaiserlichen Adler zu Manuel Revu die doppelte Laufe des Sieges und des Feuers empfangen, schon waren unsere Colonnen, indem sie zu Las Damas, Baito und Lamata alles vor sich niedergewarf, in die Städte Saint Jean und Neve eingedrungen, als einige Verräther aus den Reihen der Armee meine Anstrengungen paralytierten und uns die Freiheit unserer ersten Erfolge verlieren ließen. Die Feigen! Sie haben in ihrer Blindheit nicht bemerkt, daß sie die Constitution mit Füßen traten, welche sie geschworen hatten zu verteidigen. Sie haben nicht begriffen, diese unwürdigen Abkommen der Gründer unserer Unabhängigkeit, daß sie, das Erbe unserer Väter verschmähend, den Boden des Vaterlandes, noch feucht vom Blute unserer Ahnen, den Fremden überstießen!

Unter diesen Umständen kehre ich zurück, indem ich die Ausführung meines Eides, die Integrität unseres Territoriums aufrecht zu erhalten, aufschiebe.

Haupt, sei ruhig! Euer Kaiser wacht über euch, ich habe euch die Ruhe gegeben, ich werde sie euch zu bewahren wissen. — Schon haben die Berräthe ihr infames Benehmen mit dem Leben gebüßt.

Offiziere und Soldaten, die ihr eurem Eide treu geblieben seid, ich bin mit euch zufrieden. Einige Verräther weniger, und unserer Mission war vollendet. Auch lebte mit erhobenem Haupt zu eurem Herde zurück, denn ihr, ihr habt eure Pflicht gehan.

Es lebe die Unabhängigkeit! Es lebe die Constitution!

Gegeben im kaiserlichen Palast Quanamintre am 27. Januar 1856, im 53. Jahre der Unabhängigkeit und im siebenten unseres Reichs. Faustin. Über die letzte Niederlage Faustins wird der "S. B. H." aus St. Thomas, 15. Febr., geschrieben: „Nachdem Faustin bei San Tome geschlagen und nur mit Mühe entkommen war, sammelte er sein Heer im Norden und setzte sich mit 10 bis 12.000 Mann bei Juana Mendez fest. Am 24. Januar brach er von dort auf, um die Dominikaner bei Calanquera anzugreifen. Dieselben kamen ihm indeß zuvor und griffen ihn auf der Savana larga um halb 8 Uhr Morgens an. Das Treffen dauerte bis 4 Uhr Nachmittags und die Haupt erlitten abermals eine schämliche Niederlage. Sie ließen 1500 (nach anderen 2000) Tote auf dem Schlachtfelde. Die Dominikaner

machten 77 Gefangene, nahmen 2 Kanonen, 3 Regimentsfahnen, wovon eine mit dem kaiserlichen Adler, 180 Pferde und die ganze Bagage. Die Dominikaner selbst verloren nur 25 Mann. Soulouque zog sich nach seiner Niederlage wieder auf Juana Mendez zurück.“

### Provinzial-Zeitung. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 6. März.

Anwesend 57 Mitglieder der Versammlung. Ohne Entschuldigung fehlten die Herren Dinter, Gryff, Franck, Galeschky, Heyne, Lewald, Milde, Müller I., Reichenbach, Rüssel, Sasse, Weigelt, Wolff II.

Zu den bevorstehenden Prüfungen bei den verschiedenen städtischen Unterrichts-Anstalten waren der Versammlung Einladungen zugegangen. In Folge derselben ertheilte sie das Kommissariat zur Bewohnung — für die Realschule zum heiligen Geist den Herren Birkholz, Bock, Heymann, Stahl, für das Gymnasium zu St. Elisabeth den Herren Credner, Friedlieb, Günsburg, Landsberger, Sonnenberg, Tiege I., für das Gymnasium zu St. Maria Magdalena den Herren Franck, Hein, Somms, Springer, Stier, Eschke, für die Schule des Knaben-Hospitals in der Neustadt den Herren Fried, Galeschky, Tiege II., für die Privatschule des Lehrers Herzberg den Herren Küster, Seidelmann. Der National-Frauen-Verein und der Vorstand des evang.-luth. Diaconissenhauses Bethanien hatten ihre neuesten Jahresberichte überreicht. Nach dem Berichte des Diaconissenhauses verpflichtete dasselbe im verflossenen Jahre 630 Kranke, von denen 592 als geheilt, 9 als erleichtert, 8 als ungeheilt und 3 in andere Pfeile übergehend, entlassen wurden. Die Zahl der Geheilten beträgt 33.

Herr Stadtrath v. Langendorff benachrichtigte die Versammlung, daß er sich in Folge der Verlegung seines Wohnsitzes genötigt sehe, das seit fünf Jahren verwaltete Amt eines unbesoldeten Stadtraths aufzugeben. Zugleich beantragte Magistrat, für die durch diesen Austritt entstehende Balanz eine Neuwahl zu treffen. Die Wahl- und Verfassungs-Kommission erhielt den Auftrag, für die Neuwahl geeignete Kandidaten in Vorschlag zu bringen.

Die Stadt-Bank überreichte ihnen, in den hiesigen öffentlichen Blättern bereits bekannt gemachte Verwaltungsbericht für 1855. Ferner wurde der Versammlung Abschrift einer vom Magistrat an den kgl. Wirk. Geh. Oberfinanzrat und Provinzial-Steuer-Direktor Herrn v. Biegelstein gerichteten Vorstellung, anlässlich des angeordneten Wegfalls der Waagegelder von allen zu Wasser auf den Packhof im Bürgerwerder angebrachten Waaren kommuniziert.

Die Vorstellung lautet: „Nach der verehrlichen Mittheilung vom 27. Dezember v. J. ist das hiesige Hauptsteuerramt angewiesen worden, die Verwiegung derjenigen zollpflichtigen Waaren, welche nicht zu Wasser eingehen oder keines Krähens zu ihrer Ausladung bedürfen, in einem Abstempelungsschild des Packhofs, also nicht mehr auf den städtischen Waage verliegen zu lassen, und wie wir außerlich vernehmen, soll dies von jetzt ab mit allen den Waaren geschehen, welche zu Wasser auf den Packhof kommen.“

Es geht uns durch diese Anordnung das von der Kommune seit Jahrhunderten bezogene Waagegeld gänzlich verloren, und diese Maßregel trifft die Stadt um so härter, als sie in ihrem Etat für 1856 auf diese Einnahmen gerechnet hat und um so mehr rechnen zu dürfen glaubte, als wir des Dafurhalts waren, daß der Wegfall des Waagegeldes nicht früher eintreten werde, bis nicht von der königlichen Staats-Regierung an dessen Stelle der Kommune eine andere Abgabe bewilligt sei wurde.“ Denn auf diese hat sie einen gerechten Anspruch. — Die unbebaute Fläche des Packhofs gehört ihr fast ganz, und die Waaplätze, worauf die Hauptgebäude zur Lagerung der Waaren errichtet sind, hat die Stadt ursprünglich nur unter Beding des Wiederabbruchs, wenn es verlangt werden sollte, später aber gegen einen sehr mäßigen Kaufpreis der Kaufmannschaft überlassen, und auch diese Überlassung ist noch an mehrere beschränkte Bedingungen geknüpft.

Der in blaßgrüner Abschrift beigelegte Hypothekenchein vom 1. Oktober 1825 gibt darüber näheren Aufschluß. — Nach dem darin angegebenen Bevölkerungsverhältnisse wird der Kaufmannschaft die Erhebung von Gebühren für Lagerung von Waaren in den Gebäuden und auf der ihr zuständigen kleinen Fläche nicht streitig gemacht werden können, für Benutzung der der Stadt gehörigen Ufer und Häfen dagegen, ist die Stadt gesetzlich berechtigt, nach dem Werthe des Grundstückes und nach den Leistungen für die Verhüllung des Dörfwerks und Stättelgeldes zu beanspruchen berechtigt ist. Die Werthsberechnungen, auf welche der zu normirende Tarif sich stützen soll, sind im Uebrigen bereits in der Aufführung begriffen. Sie, wie der Entwurf des Tarifs, sollen auf das Mögliche beschleunigt werden.“

Zur Verpachtung der Fischerei im Niederwasser der Oder an die Fischerinnungen für das den selben mit 35 Thlrn. jährlich offerirte Pachtgeld und unter den für die Lizitation aufgestellten Bedingungen gab die Versammlung ihre Zustimmung. Sie genehmigte die von dem Befreiungs-Entrepreneur des Armenhauses verlangten Kostpreise für das erste Quartal mit einigen Modifikationen der Säfe für Butter, Hirse und Maisgrieß und bewilligte zwei Bürger-Zubilaren, in Berücksichtigung ihrer hilfsbedürftigen Lage, jedem ein Ehrengehenk von 25 Thlrn. aus Kommunal-Fonds, so wie dem vormaligen Inspector der Gefangen-Kranken-Anstalt eine jährliche Pension von 190 Thaler.

Bewußt einer gründlichen Beurtheilung über die Ausführbarkeit und Nützlichkeit des Vorschlags, die zur Beweisung in den städtischen Hospitalen und Anstalten erforderlichen Rohstoffe künftig im Wege des Ausgebots zu beschaffen, gelangte an den Magistrat das Ansuchen: ermitteln zu lassen, welche Quantitäten Rohstoffe und Vulkanien alljährlich erforderlich seien, in welcher Art die Bedürfnisse seither beschafft worden, und welche Vorteile von einer gemeinsamen Beschaffung der Bedürfnisse durch öffentliche Lizitation sich wohl erwarten ließen.

Der für die Verwaltung des Schieferwerders pro 1856 aufgestellte Etat erhielt die Genehmigung mit der Maßgabe, einige in Abfall gebrachte Einnahmeposten nachträglich in denselben noch aufzunehmen, das zu baulichen Bedürfnissen angefsehne Quantum durch spezielle Kostenanschläge, unter Berücksichtigung der Bedarfs für die Gebäude und für die Garten-Unterhaltung, zu justifizieren und hinsichtlich der aus dem Schieferwerder-Fonds zu zahlenden Feuer-Societäts-Beiträge ein Verzeichniß der gegenwärtig versicherten Gebäude mit einer vergleichenden Übersicht des vor dem Neubau versicherten Gebäudes und der Bedürfnisse seither beschafft worden, und welche Vorteile von einer Art der Bedürfnisse durch öffentliche Lizitation sich wohl erwarten ließen.

Dr. Gräzer. E. Juroc. Nuthardt. Dr. Weis.

Breslau, 11. März. [Polizeiliches.] Im Laufe voriger Woche sind 66 Personen durch Polizeibeamte beim Betteln betroffen und in Haft genommen worden.

[Unglücksfall.] Am 26. d. Ms. Morgens wurde eine Dienstmagd aus Kleinburg, als dieselbe mittelst einer Radier-Milch hierher zu schaffen beabsichtigte, in der Nähe der Schweidnitzer-Thor-Barriere von den durch das Vorbeipassen des Eisenbahngüteschen gewordenen Pferden eines Erbsaß aus Neudorf-Commeinde zu Boden gerissen und nicht ganz unerheblich am Kopf und der rechten Seite des Körpers verletzt. Radier nebst Milchgefäß erlitten eine vollständige Zerrümmerung.

Es wurden gestohlen: Oderstraße Nr. 14 ein Paar schwarze Luchtblätter, Mühlgräser Nr. 23 1 messinger Mörser und ein dergleichen Bügel-eisen; auf dem Blücherplatz einem Herrn aus seiner Rocktasche ein grauer Beutel mit 56 Thaler in verschiedenen Münzsorten; Öhlauerstraße Nr. 70 2 Frauenhemden, 1 rothgestreifter Deckbett-Nevezug und 2 dergl. Kopfkissenbezüge, gehörig zu einem Kinderbett, vier halbrote Küchen-Handtücher, gez. C. T. Nr. 3, 4, 5 und 6, 2 halbrote Manteltaschen, 2 buntwollene Lätzchen mit Fransen, 2 verschiedene farbige Schürzen und 1 weißes Taschentuch, gez. C. T.; auf dem Burgfelde von einem Hürderwagen ein Hinterrad, im Werthe von 10 Thalern; Antonienstraße Nr. 2 1 Oberbett und 2 Kopftücher; auf dem Niederschlesisch-Württembergischen Eisenbahnhofe von 5 verschiedenen Eisenbahngütern 2 Federplatten und 92 Stück Achsbuchsschrauben,

worunter 8 mit doppelten Muttern; Vorwerkstraße Nr. 1 e. ein großer schwarzer mit roter Seide gefütterter Bärenpelz-Muff, im Werthe von 6 Thalern; Neuschreiberstraße Nr. 41 eine silberne Suppenkelle im Werthe von 2 1/2 Thlr.; 6 Kinderhemden, 1 dergl. Jacke, 2 Schürzen, 4 Taschentücher, 3 Paar Strümpfe, 4 Mannshemden, 1 rosa Halstuch und 1 Handtuch, gez. C. S.; einer Dame beim Herausgehen aus dem hiesigen Stadttheater, aus der Tasche ihres Kleides, ein Portemonnaie von braunem Leder, enthaltend einen Doppel-Fr. Dr. 2 Kassenanweisungen à 1 Thlr. und 10 Sgr.; Rosenhallerstraße Nr. 4 aus dem Schloß von einem Wagen ein beinahe noch neuer schwarzer Schafpelz ohne Ueberzug; Rathaus Nr. 26 3 Übermützen mit Schirm, im Werthe von 6 Thlr.; in der Kurzengasse sind 1 Frauen- u. 2 Mannshemden, 1 schwarzer und grünwollenes Umschlagetuch, 2 Paar weiss baumwollene Strümpfe, 5 Schürzen, blau- und rothgestreift, 1 blau-, weiß- und schwarzmarmiertes sedernes Halstuch und mehrere Taschentücher abhanden gekommen. Nachstehende mutmaßlich gestohlene Gegenstände sind am 4. d. M. polizeilich in Besitz genommen worden: 3 kupferne Kessel, 3 kupferne Topfe, 3 kleine kupferne Kessel, 2 kupferne Dienstvesseldeckel, 4 Stück kupferne Reisen, 1 kupferne Pumpenplatte, 1 kupferner Gießer, 4 kupferne Trichter, 1 kupferner Doppeldeckel, 1 kupferner Barbierbürste, 1 kupf. Leimtopf, 1 kupf. Decken, 5 St. kupf. Röhre, 1 St. kupf. Dampfrohr, 1 kupf. Rohr, wahrscheinlich von einer Maschine, 1 kupferne Backform, 1 messingenes Geschlinge zu den Verbindungsrohren aus einer Brennerei nebst 38 Stück kupferner Röhren, 11 Stück Röhre, wahrscheinlich zu Dampf-Apparaten, 3 kupferne Durchschläge, 28 Stück kupferne Abschläge, 4 messingene Maschinellager, 2 messingene Stück eines Lokomotiv-Siederohrs, 1 messingene Gasgefäß, 1 messingene Kolbenkappe, 3 messingene Theile eines Maschinenteils, 1 messingene Schlüsselbild mit Drücker, 1 messingene Kuchenkübel, 2 messingene Abzugshähne mit Zapfen, 1 messingener Adler vor der Kleidung eines Postillions, 2 messingene Leuchter, 1 Hänge-Halsband von Messing, gez. Menzenthin, Leuten, im 6. Inf.-Regim., 2 messingene Mörser, 8 Stück Fahrmannschilder, 3 messingene Bügeleisen, 1 Partie Messingdrähte, 1 messingene Klingel ohne Klöppel, 1 Metall-Gefäß, 1 messingener Leimriegel, 19 Zinkplattenstücke (1 gez. Sch.), 2 zinnerne Bettwärmer, 3 zinnerne Schüsseln, 1 zinnernes Maß, 1 zinnerner Humpen mit Deckel, gez. C. G. u. 1792, 10 Stück zinnerne Leuchter, 1 zinnerne Aufsatz von einer Säule, 9 zinnerne Kellen ohne Säule, 3 zinnerne Teller, 1 zinnerne Trinkflasche, 1 zinnernes Blumengefäß, 3 zinnerne vergoldete Buchstaben P. P. und A., 1 messingene Feuerpritsche.

Gefunden wurde ein Schlüssel. (Pol.-Bl.)

\* Breslau, 7. März. [Schwurgericht.] Wegen schweren Diebstahls im Rückfalle wurden verurtheilt: 1) Tagearbeiter Leistner zu 6 Jahren Zuchthaus, dagegen der Dienstjunge Hold und Tagearbeiter Benj. Scholz von der Anklage freigesprochen; 2) Tagearbeiter Schäpe und Häusler Gottl. Pallesche, Leider zu 2 Jahren Zuchthaus; 3) Taglieger Dobras zu 5 Jahren und Insieberfrau Helene Moch zu 2 Jahren Zuchthaus; 4) Häusler Günzel zu 1 Jahr Gefängnis.

Ferner wurden gestern 1) Schlossergesell Hirsch von der Anklage des Diebstahls freigesprochen; 2) Tagearbeiter Klebeck und Melde, Ersterer zu 2 Jahren Zuchthaus, Letzterer zu 1 Jahr Gefängnis; 3) Mietgärtner Krebs zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt; endlich 4) Tagearbeiter Fiebach von der Anklage der versuchten Verleitung zum Weineld freigesprochen.

In der heutigen Sitzung wurden wegen Diebstahls verurtheilt: 1) Lohn-gärtner Joh. Ernst Gottl. Bräuer zu 1/2 Jahr, Schwam, Wittig und Puffel zu je 1 Jahr Gefängnis; 2) Tagearbeiter Fiedler zu 2 Jahren Gefängnis und Tagearbeiter Jüppner zu 2 Jahren Zuchthaus; 3) Tagearbeiter Hübner zu 5 Jahren Zuchthaus.

Am 8